Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 9,25 M., monatl. 40,— M., vorauszahlbar frei ins Haus.
Für Abholer 35,— M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 70 M., abends sowie Sonn- und Festtags 1,20 M.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 11,— M., unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau". Arbeitsmarkt 5,—, private Familienanzeigen 4,50 M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 6,— M. Reklamezeile 50,— M.

Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 247. Dienstag, den 30. Mai 1922 — Morgen-Ausgabe. 36. Jahrgang.

Die Genuadebatte des deutschen Reichstages.

Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Bericht.)

221. Sitzung.

Montag, 29. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. **Wirth**: Ich will das im Auswärtigen Ausschuß bereits Vorgetragene nicht wiederholen. Da die Pariser Verhandlungen zurzeit in vollem Fluß sind, kann die Regierung auch über das im Auswärtigen Ausschuß Berichtete nicht hinausgehen. Es kann sich heute nur darum handeln, zu dem in Genua Vorgegangenen noch einmal Stellung zu nehmen und es zu ergänzen, damit Sie (zum Hause) zu unserer Genua-Politik Stellung nehmen können. In Genua sind die Vertreter aller europäischen Nationen zusammengetreten, um einer großen Idee zu dienen, der Idee der Solidarität der europäischen Völker. Ich danke im Namen der Reichsregierung dem italienischen Volk und seiner Regierung für seine Gastfreundlichkeit und für die hingebungsvolle Arbeit im Interesse der Konferenz. (Beifall.) Der Gedanke der Konferenz von Genua ist von England ausgegangen. Sie war gedacht als eine Weltkonferenz, die die wirtschaftliche Spannung in der ganzen Welt heilen sollte. Der Gedanke war vielleicht zu groß, zu weit gedacht, als daß er sich jetzt schon bis zum letzten Rest verwirklichen konnte. Eingeschränkt worden ist er zunächst durch die Weigerung Amerikas, an der Konferenz teilzunehmen, sodann durch die Haltung Frankreichs, das die Tagesordnung so beschränkte, daß nicht einmal die gesamte europäische Krise in das Programm von Genua aufgenommen worden ist. Innerhalb dieser europäischen Krise kann man große Gruppen von Fragen unterscheiden: Es ist die Krise der ehemaligen Staatenbündnisse, die vor dem Kriege bestanden, und zum Krieg geführt haben; es ist die Krise in den europäischen Staaten selbst; es ist die Krise in der europäischen Kultur und der sozialen Spannung; es ist schließlich die Krise der europäischen Gesamtwirtschaft. Das Instrument, das diese großen Krisen einmal behandeln sollte, sollte die Genueser Konferenz sein. Diese Genueser Konferenz ist in ihrem Programm so reduziert worden, daß die tagenden Völker schließlich nicht einmal mehr in offiziellen Sitzungen die Wahrheit hören sollten über alle diese Fragen, daß sie nicht einmal die Probleme in aller ihrer Schärfe erörtern konnten. Trotzdem müssen wir allen denen doch dankbar sein, die trotz aller Sabotageversuche mit zäher Energie, dem ursprünglichen Gedanken getreu, die Völker zusammenführten und die Konferenz die ganzen Wochen hindurch geführt haben.

Die in Genua inoffiziell behandelten Fragen sind vielleicht die wichtigsten Fragen gewesen.

(Sehr richtig!) Ich erinnere nur an die Reparationsfrage, die für uns die wichtigste ist, und die nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Frage ist. (Sehr richtig!) Ueber die Reparationsfrage ist, wenn auch nicht offiziell, sehr viel gesprochen worden. Ich darf die um Nachsicht bitten, die sich zu dem etwas langen Aufenthalt der deutschen Delegation in Genua kritisch geäußert haben. Gerade die erste Möglichkeit seit acht Jahren, mit den verantwortlichen Führern fremder Staaten in die Verbindung zu kommen und mit ihnen vielleicht die Reparationsfrage zu besprechen, hat uns Veranlassung gegeben, trotz aller Enttäuschungen in Genua zu verbleiben. Fast alle Gespräche zwischen verantwortlichen Politikern berührten sehr rasch die Reparationsfrage. Die Genueser Konferenz bedeutet zweifellos einen Fortschritt. Wir sind, nach außen gesehen, als gleichberechtigte Macht auf der Genueser Konferenz gewesen. (Lachen rechts.) Wie man darüber lachen kann, ist mir unbegreiflich. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Ich habe Gelegenheit gehabt, mit einem Staatsmann der Alliierten diese Frage zu besprechen. Wir waren uns beide einig: Auch wenn Genua große Hoffnungen nicht verwirklicht hat,

schon die Tatsache, daß seit 3½ Jahren nach dem Waffenstillstand sich die Mächte einmal friedlich versammeln und Probleme der Wirtschaft und der europäischen Politik besprechen und Brücken von Volk zu Volk schlagen, schon allein diese Tatsache ist ein großer einzigartiger Fortschritt.

(Zustimmung.) Diesem Fortschritt dienten auch die Arbeiten der deutschen Vertreter in den Kommissionen, über die, wenn es gewünscht wird, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister gern berichten werden. Ich will die dort gefundenen theoretischen Leitsätze nicht überschätzen, aber wir müssen uns in Deutschland zunächst einmal vor Unterschätzungen hüten. Gewiß haben viele dieser Leitsätze nur theoretische Bedeutung und es wird noch viel Wasser den Rhein hinunterfließen, bis sie verwirklicht sind. Wir haben nur eins zu tun: Die dort gefundenen Leitsätze sind für die Finanzgebarung, für den Verkehr und für die Wirtschaft zu Richtlinien unseres Volkes zu machen, und wir werden es tun. Wir hoffen, daß sich die anderen auch nach ihnen richten werden. Wir haben in Genua Politik gemacht im Sinne der europäischen Verständigung und jederzeit unsere Hand geboten, um zu einer verständnisvollen Zusammenarbeit zu kommen. Nicht in allen Punkten konnten wir uns an einer solchen Arbeit beteiligen. Wir waren gleichberechtigte Mitglieder in der ersten Kommission, die eine Unterkommission bildete, der die Hauptfragen der Konferenz zugewiesen wurden. Wir wehrten einen französischen Vorstoß in der Unterkommission ab, der uns auf die Rolle kleiner Staaten der neutralen Welt stellen wollte. Aber im Laufe der Konferenz stellte es sich heraus, daß sich neben dem Obersten Rat, der noch nicht in die Erscheinung trat, eine neue Union der einladenden Mächte bildete, und daß diese ohne uns und ohne, daß wir die Gewähr hatten, daß unsere Interessen gewahrt würden, mit Rußland Verhandlungen begann, denen wir nur mit größter Spannung und Sorge entgegenschauen konnten. Es war deshalb nötig — und das war nicht ein Irrtum der deutschen Politik, sondern unser pflichtgemäßes Handeln (Sehr richtig!), daß wir selbständig versucht haben, unsere Fragen mit Rußland zu lösen, nachdem die anderen uns dazu gerade Veranlassung gegeben hatten. (Zustimmung.)

Es ist eine große Aufregung über den Vertrag von Rapallo durch die Welt gegangen,

die sich auch nach Deutschland übertrug. Aber diejenigen, die jenseits der Grenze sich am lautesten über diesen Vertrag aufgeregt haben, haben ihn nach meinem Eindruck nicht einmal gelesen. Vielmehr hat schon allein die Tatsache, daß Deutschland selbständig handle, in jenen Kreisen Bestürzung hervorgerufen. (Sehr richtig!) Wer den Rapallo-Vertrag sorgfältig und unvoreingenommen durchliest, muß gestehen, daß er ein ehrliches und aufrichtiges Friedenswerk ist. Es ist in gewissem Sinne ein vorbildlicher Friedensvertrag, in dem es weder Besiegte noch Sieger gibt. Es ist die vollkommene Liquidierung der aus dem Kriegszustand herrührenden gegenseitigen Forderungen. Noch unverständlicher ist die Behauptung von der angeblichen Täuschung dieses Vertrages als ein kriegerischer Faktor in Europa. Den Anlaß für diesen Vertrag gab die Entente selbst. (Zustimmung.) Durch die Aufhebung der materiellen Bestimmungen des Brester Friedensvertrages und der dazu gehörenden Zusatzverträge mußte eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland vorgenommen werden. Notwendig war vor allen Dingen eine Abstreichung der gegenseitigen Forderungen. Artikel 116 des Versailler Vertrages nötigte uns, den hier geschaffenen Ausgleich mit Rußland zu erreichen. Gerade über den Artikel 116 herrschte bei sehr vielen verantwortlichen Politikern der Welt keine allzu große Kenntnis. (Hört, hört!) (Der Reichskanzler verliest ihn.) Der bedeutsamste Satz in ihm lautet: „Die alliierten und assoziierten Mächte behalten sich ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland jede Wiederherstellung und Wiedergutmachung zu erhalten, da es den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages entspricht." Da die andern uns nicht hinzuzogen, mußten wir unserseits mit Rußland zu einem ehrlichen gegenseitigen Vertrag kommen. Der Rapallo-Vertrag ist lediglich die Fortsetzung der im deutsch-russischen Vertrag vom 6. Mai 1921 bereits vorgesehenen weiteren Regelung der zwischen beiden Ländern bereits bestehenden Verträge. Die 6 Paragraphen des Vertrages enthalten keinerlei politischen Bestimmungen oder Abmachungen, aus denen irgendein Dritter eine Gefährdung oder Schmälerung seiner Rechte herleiten kann. (Sehr richtig!) Vielfach wurde auch bei uns zwar nicht der Inhalt des Vertrages, wohl aber der Zeitpunkt seines Abschlusses als Drohung aufgefaßt. Auch das ist vollkommen unzutreffend. Der Vertrag war in seinen Grundzügen längst vor Genua fertiggestellt. Deutschland hat von dem Abschluß des Vertrages vor Genua in der Hoffnung gesehen, daß die Leitsätze des Vertrages dem voraussichtlichen Genua-Pakt angepaßt werden könnten. Deutschland wollte kurz vor Genua jede Sonderaktion vermeiden, sah sich aber dann von den Verhandlungen über Rußland ausgeschlossen. Es hat lediglich am Dienstag an einer kurzen Sitzung teilnehmen können, der das Londoner Memorandum als Verhandlungsbasis vorgelegt wurde. Dieses Memorandum enthält die ausdrückliche Bekräftigung des Art. 116. Ferner waren sämtliche Verkriegsansprüche Deutschlands gegen Rußland durch dieses Memorandum eliminiert. Von Dienstag bis Sonnabend vor Ostern wurden wir wiederholt vergeblich vorstellig, um zu verhindern, daß wir nicht aus Artikel 116 mit neuen Lasten belastet würden, die den Ring der Schuldknechtschaft um Deutschland endgültig geschlossen hätten. Lloyd George hat in seiner ersten Rede nach der Konferenz einen großen Fehler begangen. Es wird davon abhängen, auf welchen Standpunkt der europäischen Politik man sich stellt, ob man den Vertrag von Rapallo als fair oder unfair betrachtet.

Lloyd George gibt in seiner Rede zu, daß die Entwicklung der Verhältnisse Deutschlands zu Rußland zu gegenseitiger Verständigung führen mußte. Wenn das stimmt, dann liegt der Irrtum nicht auf unserer Seite.

(Sehr richtig!) Lloyd George warnt in seiner Rede auch die Welt, das deutsche und russische Volk nicht weiter zur Verzweiflung zu treiben, da sonst ungeahnte Konsequenzen entstehen könnten. Ich wiederhole nochmals ausdrücklich, daß der Rapallo-Vertrag keinerlei derartigen Absichten enthält. Er realisiert nur den Willen zweier Nachbarreiche, die Frieden und Verständigung in der Zusammenarbeit suchen und deshalb endgültig einen Strich unter die Vergangenheit machen. Er bedeutet eine Brücke zwischen Ost und West in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, zum Wohle beider Seiten. Es ist von Bedeutung, daß der Rapallo-Vertrag bei den Arbeitern der ganzen Welt als erstes wahres Friedenswerk nach der Katastrophe gewürdigt wurde. Der Vertrag bedeutet aber nicht Einmischung in die innerparteipolitischen und sozialen Verhältnisse eines andern Landes. Was das Gerede über Geheimklauseln betrifft, so ist zu betonen, daß der Vertrag gar keine Geheimnisse und damit auch keine militärischen Geheimnisse enthält. Wer das Gegenteil behauptet, treibt böswillige Verleumdung, um dem Friedenswerk in Europa Schwierigkeiten zu machen. (Sehr richtig!) Die Bestimmungen des Vertrages sind bereits in Kraft getreten. Wir beabsichtigen aber, den ganzen Vertrag dem hohen Hause zur Diskussion und zur Genehmigung im Rahmen der Verfassung demnächst vorzulegen. Das Werk, die Verhältnisse der Ostgrenze zu regeln, wurde in Genua nicht zu Ende geführt, nicht durch unsere Schuld. Wir haben wiederholt feststellen können, daß sowohl Rußland als auch die Westmächte unsere Vermittlung, in die wir hineingewachsen sind, dankbar anerkannt haben. Wir haben eine Brücke zu schlagen versucht zwischen der östlichen und westlichen Auffassung.

Das Werk des Friedens ist in Genua nicht zum Abschluß gekommen.

Es wird fortgesetzt durch eine Tagung der Sachverständigen im Haag. Wenn gewünscht, aber nur wenn gewünscht wird, sind wir bereit, unsere Vermittlerrolle aufrichtig und ehrlich weiterzuspielen. Alle, die sehen wollten, konnten schon in Genua erkennen, daß es uns ernst ist, mit den andern Nationen uns zu verständigen. Neben der russischen Frage sind in Genua andeutungsweise auch noch andere Fragen zur Diskussion gestellt worden. Ich erinnere an die Treuga Dei (Gottesfriede), ein Gedanke groß und erhaben, wie die übrigen Gedanken, die zur Genueser Konferenz geführt haben. Eine Treuga Dei wie sie vorgeschlagen worden war, wäre für das deutsche Volk zunächst eine sehr schmerzliche Sache gewesen: Allen andern Völkern Europas den Frieden geben und das deutsche Volk fortwährend neuen Sanktionen aussetzen, das ist kein Gottesfriede. (Sehr richtig.) Die Welt war noch nicht reif für den großen Gedanken. Es kam eine Treuga Dei kleineren Formats zustande, um die Verhältnisse der Ostgrenze zunächst einige Monate wenigstens im Beharrungszustand zu lassen. Ein kleiner Schritt, aber immerhin ein Schritt zur Befriedung Europas. Eine wirkliche Befriedung ist natürlich nur zugleich mit der Lösung der Reparationsfrage möglich. Hier muß vor allen Dingen die unglückselige Politik der Termine einmal aufhören. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Politik auf Termine bedeutet für jedes Volk den Tod. Kein Wunder, wenn immer wieder die Erregung das deutsche Volk ergreift. Man wird den Eindruck nicht los, daß die so geschaffene Spannung eine künstlich gewollte Mache gewesen ist. Wir wollen diese Spannung in den Hauptpunkten als überwunden betrachten. Jetzt handelt es sich darum, das große Ziel der Befriedung Europas mit den Verhandlungen, die zurzeit in Paris geführt werden, zu verbinden. Wie es in Genua gelungen ist, die Schwierigkeiten, die die Konferenz zum Scheitern bringen sollten, zu überwinden, so muß es auch gelingen, die Hindernisse der nächsten Monate aus dem Wege zu räumen. Dann kann erst eine Regelung gefunden werden, die für das deutsche Volk günstig ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Sanktionspolitik weiterführen, hieße, Genua verneinen und den Geist der Zerstörung endgültig freigeben.

Ich fasse zusammen: Das Ergebnis von Genua war nicht allzu groß. Die Lösungen sind klein und bescheiden; doch nach der großen Katastrophe ist auch ein kleiner Schritt ein bedeutsamer Schritt. So bitten wir Sie, den Vertrag von Rapallo als einen Friedensvertrag zu würdigen, unsere persönliche Fühlungnahme mit den Staatsmännern und Politikern anderer Nationen, mit denen wir 8 Jahre nicht zusammengekommen sind, ebenfalls als einen Fortschritt würdigen zu wollen. Auch bitten wir Sie, in das Reich des Fortschritts auch den kleinen Schritt einzureihen, die östliche und die westliche Welt enander wieder verständnisvoll näher zu bringen, und unterstützen Sie unsere Politik, damit die Hoffnung wächst, daß eine Befriedung Europas und namentlich ein Friede für das deutsche Volk erzielt werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die

Besprechung der Regierungserklärung.

Müller-Franken (SD.): Der Reichskanzler ist nur nebenbei auf die Pariser Verhandlungen eingegangen und besprach in der Hauptsache die Konferenz von Genua. Ich habe die Absicht, diesem Beispiel zu folgen, weil unsere Debatte die Pariser Verhandlungen nicht stören soll. Der Reichstag hat die Aufgabe, zu den bereits historisch gewordenen Verhandlungen in Genua Stellung zu nehmen. Der Kanzler stellte die Frage, warum die Ergebnisse der Genueser Konferenz so mager waren. Seine Ausführungen zur Beantwortung dieser Frage stimmten vielfach mit dem überein, was wir aus dem englischen Parlament gehört haben. Dort hat der Sprecher der Arbeiterpartei darauf hingewiesen, daß die Konferenz ihre Aufgaben nicht erfüllen konnte, weil die Reparationsfrage nicht besprochen wurde. Er charakterisierte dann auch den Versailler Vertrag als einen Kriegsvertrag, von dem kein Friede kommen könne. (Zustimmung.) Ich stimme auch mit dem Sprecher der englischen Arbeiterpartei dahin überein, daß die Genueser Konferenz nur möglich war, weil Lloyd George mit Unermüdlichkeit und Ausdauer die Schwierigkeiten zu überwinden versuchte. England kann nicht leben, wenn Europa zugrunde geht. Freilich hat Lloyd George es heute schwer, die Uebel des Versailler Vertrages aus der Welt zu schaffen, da er ja selbst seiner Zeit bei der Fertigstellung dieses Vertrages mit beteiligt war. Die Verhandlungen in Genua haben gezeigt, daß es vor allem der nationale Block in Frankreich ist, der die Befriedung Europas verhindert. Wir haben ein Recht dazu, das mit besonderem Nachdruck zu betonen, weil wir nie auf irgendwelche Unstimmigkeiten in der Entente spekuliert, und weil wir Frieden haben wollen zwischen dem deutschen und französischen Volk.

Aber eben deshalb müssen wir hervorheben, daß die Gehässigkeit Barthous in Genua und noch viele andere Dinge zeigen, daß in Frankreich heute noch immer der Geist des Militarismus die Vorherrschaft hat.

Diese ewigen Provokationen stärken in Deutschland nur den Nationalismus. (Große Unruhe rechts.) Die Verhandlungsbasis für Genua war viel zu beschränkt und beengt, als daß ein fruchtbares Ergebnis in großem Ausmaß hätte erwartet werden können. Trotzdem, darin stimmen wir mit dem Kanzler überein, bedeutet schon die Fühlungnahme der verschiedenen Staatsmänner etwas Gutes. In verschiedenen Kommissionen, wie vor allem in der Wirtschaftskommission, wurde brauchbare Arbeit geleistet, und es schadet wohl nicht, wenn wir darauf hinweisen, daß es immer wieder Gedanken der Sozialdemokraten waren, zu denen sich, wenn auch oft mühsam und gequält, die Kommission da und dort bekennen mußte. Ich erinnere nur an die Notwendigkeit einer Regelung des Handelsverkehrs auf der Basis der gegenseitigen Meistbegünstigung. Diese Regelung wird von Tag zu Tag notwendiger, denn schon steht am Horizont eine neue schwere Wirtschaftskrise, und das Unheil, das Oesterreich und Rußland heimsuchte, ist für Deutschland noch keineswegs vermieden. Die ewigen Preisschwankungen erschüttern die Ruhe, die Nerven und die Gesundheit der Massen und der Wirtschaft. Wir hoffen, daß der Geist von Genua die Pariser Verhandlungen befruchtet. An uns soll es nicht fehlen. Wir sind nach wie vor bereit, zu leisten, was in unsern Kräften steht. Es wird aber auch Zeit, daß man endlich auch einmal auf der andern Seite erkennt, daß die Leistungsfähigkeit eines Volkes nur gehemmt wird, wenn ihm untragbare Lasten aufgebürdet werden.

Die Leistungsfähigkeit kann nur gesteigert werden, wenn das Volk ein Ziel vor den Augen sieht, einen Ausweg aus der Not und dem Jammer unserer Tage.

Die Leistungsfähigkeit kann nur gesteigert werden, wenn das Volk selbst einen Fonds von Vertrauen und Hoffnung auf Besserung besitzt. Ist dieser Fonds weg, kann das Ausland keinen Kredit geben, und ohne diese Kredite von außen her können in Deutschland keine Reichtümer wachsen, und kein Säbel kann sie einheimsen. An den Verhandlungen, die im Haag geführt werden sollen, ist Deutschland zunächst nicht beteiligt, weil der Rapallovertrag abgeschlossen wurde. Dieser Vertrag hat ungeheures Aufsehen und ungeheure Aufregung seinerzeit beim Abschluß hervorgerufen, allein, es ist kein Zweifel, daß das Verhalten der einladenden Mächte in Genua die Tendenz hervorrief, Deutschland und Rußland zu einem Akt der Selbsthilfe zu treiben. Man hat in Deutschland da und dort gesagt, der Rapallovertrag habe bei den Massen deshalb freudige Genugtuung ausgelöst, weil er einen Vorstoß dargestellt habe. Wir sind anderer Ansicht. Die arbeitenden Massen haben den Vertrag begrüßt, weil er endlich einmal ein wirklicher Friedensvertrag war. In diesem Vertrag steckt nichts von dem Geist von Brest-Litowsk und von Versailles. Schon 1919 hat Deutschland in wirklicher Friedensgesinnung es abgelehnt, sich an einer Blockade gegen Rußland zu beteiligen. Hätten die Mächte der Entente damals Deutschlands Vorgehen beachtet und befolgt, Europa wäre heute weiter. Hoffen wir, daß im Haag nach den von Deutschland von 1919 bis zur Stunde befolgten Methoden vorgegangen wird. Gegen den Inhalt des Vertrages von Rapallo haben wir nichts einzuwenden.

Wir betonen, daß wir kein Interesse an einem Sturz der Sowjetregierung haben, weil ein solcher Sturz nur den Heilungsprozeß in Rußland aufhalten würde.

Meine Freunde haben gewisse Bedenken gehabt über den Zeitpunkt und über die Art des Abschlusses. Es kann nicht geleugnet werden, daß führende Politiker in England, Italien und Frankreich, die im Sinne der Völkerversöhnung arbeiten, von dem Abschluß des Vertrages überrascht gewesen sind. Es mag sein, daß diese Ueberraschung auf törichte Kommentare zurückzuführen ist, die in Deutschland, besonders auf der Seite der Rechtsparteien, ab und zu nach dem Abschluß des Vertrages fabriziert wurden. Solch ein törichter Kommentar war z. B. jener aus der nationalliberalen Korrespondenz, die den Vertrag von Rapallo als das Ende der Erfüllungspolitik hinstellte. Diese Auffassung ist völlig unsinnig. Auch der Vertrag von Rapallo ist nur fruchtbar im Wege der versuchten Vertragserfüllung. Die wirtschaftlichen Aussichten des Rapallovertrages soll man nicht überschätzen. Rußland ist zu sehr zerrüttet. Der Rapallovertrag hat nichts von dem Geist der Konvention von Tauroggen und nichts von dem Geist eines York in sich. Der Rapallovertrag ist ein Friedensinstrument. Die national-bolschewistischen Gespenster bedeuten nichts, denn die deutschen Arbeiter haben nie etwas für den Nationalbolschewismus übrig gehabt.

Kein deutscher Staatsmann könnte sich halten, der hinter dem Rücken des Parlaments Geheimabkommen und gar militärische Geheimabkommen abschlösse.

Wir würden alle Kraft aufbieten, um einen solchen Staatsmann zu stürzen. Militärische Abkommen sind die Quellen des Krieges. Wir bleiben nach wie vor bei unserer Parole: Nie wieder Krieg! Aber schließlich haben es die Ententemänner in der Hand, im Rahmen ihrer Politik für Sicherung des Friedens Sorge zu tragen. Wir haben doch einen Völkerbund, einen sehr unvollkommenen zwar, aber immerhin einen Völkerbund. Wir haben die Auffassung, daß Deutschland in einen wirklichen Völkerbund hineingehen soll. Es ist bekannt, daß in Genua von dem italienischen Außenminister Schanzer in diesem Punkt verschiedene Anregungen gegeben wurden. Es wäre wünschenswert, wenn die Regierung hierüber vielleicht einige Mitteilungen machen würde. Die Ententestaatsmänner haben es, wie gesagt, in der Hand, den Völkerbund zu einem Garanten des Weltfriedens zu machen. Das müssen vor allem die englischen Staatsmänner bedenken, die für das Entstehen und Gedeihen des Völkerbundes ein großes Stück Verantwortung haben. Lloyd George hat in seiner Unterhausrede betont, England wolle mit seiner ganzen Kraft für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens eintreten. England will den Frieden, England ist ja aus dem Weltkriege ruiniert hervorgegangen. Die deutsche Demokratie wird England im Kampf um den Weltfrieden unterstützen, vor allem werden die deutschen Arbeiter diese Friedensströmungen stark zu stützen versuchen. Die Pariser Verhandlungen geben Gelegenheit, tüchtige Vorarbeit für die Befriedung der Welt zu leisten. In Paris kann der Boden geschaffen werden, auf dem etwas Energisches für die Solidarität der Völker unternommen werden kann. Ein energischer Schritt in dieser Richtung muß getan werden, wenn nicht Europa schließlich doch an den Folgen der Kriegszeit zugrunde gehen soll. (Lebhafter Beifall bei den SD.)

Marx (Z.): Die Konferenz von Genua ist von meinen Freunden als bedeutsame Werkstätte auf dem Wege der Friedenspolitik begrüßt worden. Für Deutschland wurden immerhin bedeutungsvolle Ergebnisse erreicht. Deutschland erschien als gleichberechtigte Nation. Das ist ein Fortschritt, und wir meinen, daß dieser Fortschritt der Koalitionspolitik zu danken ist, die wir in den letzten Jahren unterstützt haben. (Zuruf rechts: Na, na!) Eine Politik nach der anderen Seite hätte diesen Erfolg nicht gezeitigt. Wir haben bis jetzt wenigstens die Einheit des Deutschen Reiches aufrechterhalten, und das verdanken wir nicht Ihrer (nach rechts) Politik, sondern der Koalitionspolitik. Der geschickten Haltung unserer Vertreter, besonders unseres Reichskanzlers und des Außenministers Dr. Rathenau, ist es zu danken, daß Deutschland trotz aller Schwierigkeiten in Genua doch die Stellung immer wieder einnehmen konnte, die ihm gebührte. Ohne befriedigende Lösung der Reparationsfrage gibt es keinen Frieden. Der anerkennenswerten Arbeit der Herren Rathenau und Stinnes auf ihren Reisen ist es zu danken, daß besonders in London über unsere Lage jetzt mehr Klarheit besteht. Mit dem Rapallo-Vertrag hat Deutschland allein ein praktisches Resultat von Genua mit nach Hause gebracht. Wäre der nicht abgeschlossen worden, dann wären einige Tage später ähnliche Verträge zwischen Rußland und anderen Staaten abgeschlossen worden.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag, 11 Uhr. Weiterbesprechung der Regierungserklärung. — Schluß 4¼ Uhr.

*

Der Aeltestenrat hat am Montag die Geschäftslage für die nächsten drei Tage dahin bestimmt, daß am Montag die Aussprache über die Genueser und die Pariser Verhandlungen beginnt, und am Dienstag vormittag in einer Sondersitzung die oberschlesische Frage erledigt wird, und dann am Nachmittag die am Montag begonnene Aussprache fortgesetzt wird. Am Mittwoch soll dann noch der dänische Vertrag zur Verhandlung kommen. Am 29. Juni wird der Reichstag zum Besuche der Gewerbeschau nach München und im Anschluß daran nach Oberammergau fahren.

Die Antwort an die Reparationskommission.

SPD. Berlin, 29. Mai. (Drahtbericht.)

Die Antwortnote der Reichsregierung an die Reparationskommission hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich aufs eifrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrebungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unterstützung im Wege einer äußeren Anleihe erhält. Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen kurzer Frist verfügbar wird, unternimmt es die deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen:

1. Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt ab als der normale Höchstbetrag.

2. Wenn am 30. Juni 1922 oder am letzten Tage eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den normalen Höchstbetrag überschreitet, so werden Schritte getan werden, um sicherzustellen, daß die Ueberschreitung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgezahlt wird, und zwar entweder a) mit Hilfe von Eingängen, welche die Ausgaben in den drei Monaten übersteigen, soweit solche Eingänge verfügbar sein sollten, oder aber b) durch die Aufnahme von Krediten auf anderer Weise als bei der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht.

Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der drei Monate noch den normalen Höchstbetrag überschreitet, wird die deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuersystems einbringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen, mit dem Ziel, daß noch in dem jeweils laufenden Rechnungsjahr, wenn dann mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen sechs Monaten ein Betrag bezahlt wird, der nicht geringer ist, als die bereits vorhandene und jetzt bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Ueberschreitung.

Das vorstehende Verfahren unterliegt bis auf weiteres folgenden Maßgaben: a) Solange noch keine Eingänge an auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung zur Erfüllung der Verpflichtungen auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 an ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Feststellung, ob und inwieweit eine Ueberschreitung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermarkgegenwertes der vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stande der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugerechnet.

b) Alle Eingänge von auswärtigen Anleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum normalen Höchstbetrag hinzugerechneten Betrages verwendet werden, und zwar mit Vorrang vor allem andern Verwendungszweck vorbehaltlich der auf Grund des Vertrages von Versailles an ausländischen Zahlungsmitteln zu begleichenden Verbindlichkeit und noch anderer Lasten, hinsichtlich derer die Reparationskommission auf Ersuchen der deutschen Regierung ihre Zustimmung besonders erteilt.

gez.: Dr. Wirth.

*

Eine neue Aera?

Paris, 29. Mai. Zu der noch nicht veröffentlichten deutschen Antwortnote an die Reparationskommission weist das „Journal" darauf hin, daß es der englische Delegierte Bradbury gewesen sei, der den Entwurf eines Kompromisses ausarbeitete. Die erste Folge werde nun sein, daß die Sanktionen beseitigt würden. Nicht umsonst habe Lloyd George seine Erklärungen über die französisch-englischen Beziehungen auf diese Woche verschoben. Auch Poincaré sei sicher nicht angenehm davon berührt worden, daß die Kammerdebatte ihm Grund gab, erst nach der deutschen Entscheidung zu sprechen. Anderseits könne man sich nicht verhehlen, daß die Lösung, die sich vorbereite, auf einen neuen Weg führe. Der Plan Bradburys eröffne eine Zeit der internationalen Anleihen, d. h., die internationale Finanz werde nun die Leitung der Angelegenheiten in die Hand nehmen. Aber wenn die Finanz in Szene trete, so dürfe das nicht Abdankung der Politik bedeuten, im Gegenteil, jetzt sei der Augenblick, um nicht mehr theoretische, sondern praktische Politik zu machen. Jetzt erhebe sich die Frage der Pfänder, die Frage der Höhe der Entschädigung und diesen werde die Frage der Revision der Kriegsschulden folgen. Die Liquidation sei unvermeidlich. Aber man müsse die Rechte Frankreichs sicherstellen.

New York, 28. Mai. Unter dem Titel „Amerikanische Bankiers gegen die Ruhrbesetzung" hat das „Wall Street Journal" einen ausführlichen Artikel gegen die Besetzung weiteren deutschen Gebietes mit der Begründung veröffentlicht, daß dadurch die deutsche Wirtschaft weiter geschädigt und einer internationalen Anleihe die sachlichen Unterlagen entzogen würden. Eine Beteiligung an der Anleihe von amerikanischer Seite sei dann undenkbar. Außerdem würden die Kosten für die neuen Besetzungstruppen Frankreichs Budget verschlechtern und auch die amerikanische Stimmung nachteilig beeinflussen, da erneut enorme Summen für unproduktive Zwecke vergeudet werden würden.

London, 29. Mai. Die „Times" meldet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß der Völkerbund bei seiner Septembertagung aufgefordert werde, die Aufnahme Deutschlands zu erwägen. Diese Frage sei bei der Sitzung des Völkerbundsrates im Mai untersucht worden. Es verlautet, daß der Völkerbundsrat für die Aufnahme war, vorausgesetzt, daß in der Reparationsfrage guter Wille gezeigt werde.

Der Reichsrat

behandelte am Montag den Gesetzentwurf über den Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark, betreffend die Regelung der durch den Uebergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Frage, der sich unter anderm auf das Optionsrecht bezieht. Protokollarisch zugesichert sind erleichterte Paßvorschriften für den Grenzverkehr. Bezüglich des Verkehrs mit der Insel Sylt verpflichtet sich Deutschland, möglichst bald zum Bau eines Dammes zwischen dem deutschen Festland und der Insel. Deutschland wird sich bestreben, innerhalb dreier Jahre vom 1. Juni an den Bau zu beenden. Für diese drei Jahre wird Dänemark den zoll- und paßfreien Verkehr für Reisende und zollfreie Beförderung von Gepäck und Gütern zwischen Süder-Lügen und Sylt über Tondern und Hoyer in einem für die praktischen Bedürfnisse ausreichendem Maße sicherstellen. Dänemark ist zu

Hamburger Börse am 29. Mai.

Ausländische Gerüchte über eine günstige Entwicklung der Anleihefrage haben den Devisenmarkt entspannt. Die abflauenden Kurse führten zu einem lebhaften Handel.

Hamburger amtliche Notierungen: Holland 11 040 (am Sonnabend 11 465) — England 1254 (1311) — New York 282½ (298) — Dänemark 6170 (6410) — Frankreich 2570 (2705).